

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE**

### **Nachhaltige Beschaffung**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Erfahrungen zur Anwendung der am 1. April 2015 in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VwV Beschaffung) mit Blick auf soziale, umweltbezogene und strategische Aspekte vorliegen und in welcher Form eine Evaluation geplant ist;
2. wie sich seit Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift im Vergleich zu den Jahren vorher der Anteil von Recyclingpapier, Ökostrom und fair gehandelten Produkten in der Landesverwaltung und den Ministerien entwickelt hat;
3. inwieweit sich seit Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift ressortübergreifend das Schulungsangebot für die Beschaffungsstellen des Landes entwickelt hat und welche Ausbaupläne diesbezüglich vorgesehen sind;
4. welche Rolle sie dem Thema öko-faire Beschaffung in der Nachhaltigkeits-Berichterstattung der Ministerien und anderer Landesbehörden und -einrichtungen zumisst;
5. inwieweit sie durch eine weitere Bündelung der Beschaffung beim Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) inklusive dessen Weiterentwicklung zu einer „Zentralen Beschaffungsstelle Baden-Württemberg“ Einsparpotenziale für den Landeshaushalt sieht;
6. inwieweit hierzu und für den Ausbau der Beratungskompetenz im Bereich der nachhaltigen Beschaffung eine Stärkung der LZBW – auch in Bezug auf Personalausstattung, zeitgemäßen Aufbau des Onlineshops etc. – notwendig wäre;
7. welche Ansätze sie verfolgt, um nachhaltige Beschaffung in Einrichtungen bzw. Unternehmen, die dem Land gehören oder an denen das Land beteiligt ist, zu stärken und wie das Thema Nachhaltigkeit in zukünftigen Beteiligungsberichten verankert werden soll;
8. welche Möglichkeiten sie sieht, bei Ausschreibungen für den Bau öffentlicher Gebäude darauf hinzuwirken, dass es vermehrt zum Einsatz von Recycling-Baustoffen kommt;
9. was das Land beispielsweise in Form von Beratungsangeboten unternimmt, um nach Inkrafttreten der VwV Vergabe im April 2015 eine nachhaltige Beschaffung auch auf kommunaler Ebene zu fördern;
10. wie auch die Hochschulen auf eine nachhaltige ökologische und soziale Beschaffung verpflichtet werden können.

21.12.2016

Andreas Schwarz, Lisbach und Fraktion

## Begründung

Ein verantwortungsbewusstes, an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtetes öffentliches Vergabe- und Beschaffungswesen trägt maßgeblich zur Umsetzung von Zielen im Bereich des Umwelt- und des Klimaschutzes, aber auch zur sozialen und globalen Gerechtigkeit bei. Auch können kleine und mittlere Unternehmen durch eine entsprechende Ausgestaltung der Vergabeverfahren gezielt unterstützt und gefördert werden.

Seit dem 1. April 2015 ist die Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VwV Beschaffung) in Kraft. Damit verbunden war u. a. die Zielsetzung, das Vergabe- und Beschaffungswesen im Land verstärkt ökologisch, fair und sozial zu gestalten. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, Informationen zum Stand der Umsetzung der VwV Beschaffung hinsichtlich Nachhaltigkeitskriterien zu erhalten. Gleichzeitig sollen mögliche Handlungsfelder für weitere Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung identifiziert werden, die für eine durchgängige Umsetzung der VwV Beschaffung hilfreich oder unterstützend sein können.

Als konkrete Maßnahmen zu einer Stärkung der zentralen und nachhaltigen Beschaffung wäre u. a. ein Update des nicht mehr zeitgemäß aufgebauten Online-Shops der LZBW denkbar. Ziel sollte auch die Weiterentwicklung der LZBW zu einer „Zentralen Beschaffungsstelle Baden-Württemberg“ sein. Eine Umbenennung der LZBW könnte in diesem Zusammenhang hilfreich sein, um ihre Funktion und Bedeutung als zentrale Beschaffungsstelle besser bekannt zu machen.

Ein weiterer konkreter Ansatz zur Stärkung der Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen könnte darin bestehen, bei Ausschreibungen für den Bau öffentlicher Gebäude vermehrt auf den Einsatz von Recycling-Baustoffen hinzuwirken.

Seitens der Landesregierung ist auch angestrebt, dass die Kommunen im Land ihr Beschaffungswesen zunehmend an Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Hierfür sollten gezielte Beratungs- und Unterstützungsangebote durch das Land bereitgestellt werden.